



Dialogforen 2012
Macht und Einfluss:
Wer bestimmt die
Geschicke der Welt?

Positionen



**Münchener Rück
Stiftung**
Vom Wissen zum
Handeln

- 1 Vorwort
- 2 Dr. Frank-Walter Steinmeier
Machtverteilung –
die Karten werden neu gemischt
- 4 Prof. Werner Weidenfeld
Köpfchen statt Kanonen
- 6 Elisabeth Niejahr
Wutbürger kontra Politiker
- 8 Jürgen Trittin
Rohstoffmarkt –
Spielball der Spekulanten
- 10 Prof. Ulrich Wengenroth
Rohstoffmangel überwinden –
mit Gripps
- 12 Dr. Bernd Graff
Zeitungen – Expertenwissen
macht den Unterschied
- 14 Prof. Kurt Imhof
Demokratie entsteht nicht
durch Twittern
- 16 Dr. Thomas Mayer
Stark durch die Finanzkrise
- 18 Daniela Kolbe
Gut leben, statt viel haben
- 20 Claudia Langer
Mit Konsum die Welt verbessern
- 22 Programm
- 24 Impressum

Globale Ordnung im Umbruch

Unruhen und Freiheitsbewegungen in der arabischen Welt, Schuldenkrise, Euro-Rettung, das Auf und Ab bei Rohstoff- und Energiepreisen – immer schneller dreht sich das Themenkarussell. In den Medien folgt Schlagzeile auf Schlagzeile und in den sozialen Netzwerken wie Facebook, Twitter und privaten Blogs werden wir mit Informationen überflutet.

Die globale Ordnung befindet sich im Umbruch. Wo führt das hin – in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft?

Auf den Dialogforen 2012 haben wir uns mit zahlreichen aktuellen Phänomenen befasst, von Umbrüchen im internationalen Machtgefüge bis hin zu Veränderungen, die den einzelnen Bürger betreffen. Fünfzehn renommierte Experten aus Politik, Wissenschaft und Medien, darunter Frank-Walter Steinmeier, Jürgen Trittin, Heiner Flassbeck oder Sonja Schünemann, zeigten Trends auf, analysierten Zusammenhänge und stellten sich den Fragen aus dem Publikum. Dabei ging es nicht immer nur um Wachstum und Wohlstand. Am letzten Abend der Reihe widmeten sich Daniela Kolbe und Claudia Langer dem Thema „Persönliche Lebensstile“ und gaben die Devise aus: Gut leben, statt viel haben.

In dieser Broschüre haben wir zehn Positionen unserer Gäste zusammengefasst, die an den fünf Abenden diskutiert wurden. Ich hoffe, dass auch Sie die eine oder andere interessante These aus den Dialogforen 2012 „Macht und Einfluss: Wer bestimmt die Geschnicke der Welt?“ entdecken werden.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.



Thomas Loster
Münchener Rück Stiftung

Machtverteilung – die Karten werden neu gemischt

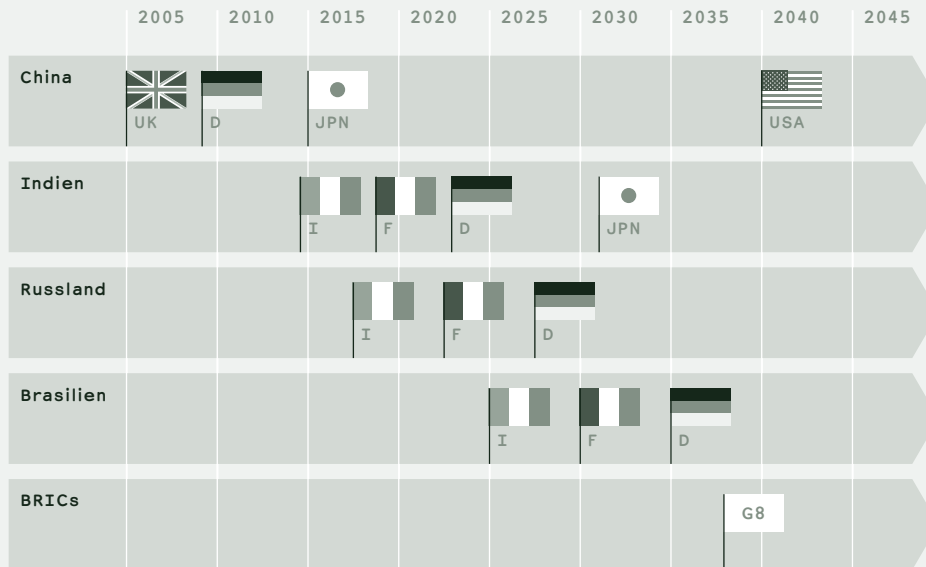
Die bipolare Welt, in der sich West und Ost jahrzehntelang in klar definierten Rollen gegenüberstanden und in einer Art Gleichgewicht des Schreckens für stabile Verhältnisse gesorgt haben, gehört der Vergangenheit an. Politische Umstürze wie derzeit in der arabischen Welt sind ein Zeichen dafür, dass bestimmte Regionen der Welt auf der Suche nach einer neuen Ordnung sind. „Wir wissen noch nicht genau, an welchen Parametern sie sich am Ende ausrichten wird. Aber es sind sicher nicht mehr nur die alten Mächte, die diese neue, globale Ordnung bestimmen werden“, prognostizierte Frank-Walter Steinmeier. Denn mit wachsendem ökonomischen Erfolg im Zuge der Globalisierung geht politischer Ehrgeiz einher.

„Wir müssen realisieren, dass die alten Strukturen wie G7 oder G8 die neuen Machtverhältnisse nicht repräsentieren“, gab der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion zu bedenken. Begründen doch die Schwellenländer ihren Machtanspruch in der G20 zurecht mit ihrem wirtschaftlichen Aufstieg. Im Jahr 2001 lag der Anteil der BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) am weltweiten BIP bei ca. 17 Prozent, mittlerweile beträgt er 25 Prozent.

Die Welt ist und bleibt voller Gegensätze, und es fehlt an der Bereitschaft, eigene Interessen zugunsten des Gemeinwohls zurückzustellen. Das hat weder bei der Umwelt funktioniert, wie Rio +20 und die zahllosen Klimagipfel ohne greifbare Erfolge zeigen, noch bei der Regulierung der Finanzmärkte. Beschlüsse von supranationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder dem Internationalen Währungsfonds werden immer wieder aus Partikularinteressen torpediert. „Im Rahmen der G20 entsteht bei den Schwellenländern immer mehr der Eindruck, wir wollten ihnen eine Entwicklung vorenthalten, die wir bereits hinter uns haben“, beschreibt Steinmeier das Dilemma. Dies macht es auf internationalen Treffen zunehmend schwierig, den richtigen Umgang miteinander zu finden. Wir müssen uns rasch auf aktuelle Entwicklungen und neue Machtkonstellationen einstellen, dann haben wir eine gute Chance, ein international stabiles Machtgefüge zu schaffen.

BRICs auf der Überholspur – wann überflügelt wer wen?

Die wirtschaftliche Aufholjagd der BRIC-Staaten ist in vollem Gang. China hat bereits Italien, Frankreich, Großbritannien und Deutschland überflügelt und schickt sich an, auch Japan den Rang als Wirtschaftsmacht abzulaufen. Hält das rasante Wachstum an, dürfte das Reich der Mitte laut einer Studie von Goldman Sachs etwa im Jahr 2040 die USA als weltweit wichtigste Wirtschaftsnation verdrängt haben.



Quelle: Goldman Sachs (2006)



„Mit dem Fall der Mauer stellen wir fest: Die alte globale Ordnung ist zerfallen, eine neue ist noch nicht an ihre Stelle getreten.“

Dr. Frank-Walter Steinmeier,
Vorsitzender der
SPD-Bundestagsfraktion

Köpfchen statt Kanonen

Im Lauf der Geschichte haben der Aufstieg und Fall von Imperien, Kriege oder Katastrophen das globale Machtgefüge schon häufig durcheinandergewirbelt. Auch heute können sich die Machthaber in manchen Teilen der Welt nicht darauf verlassen, dass sie die Zügel fest in der Hand halten.

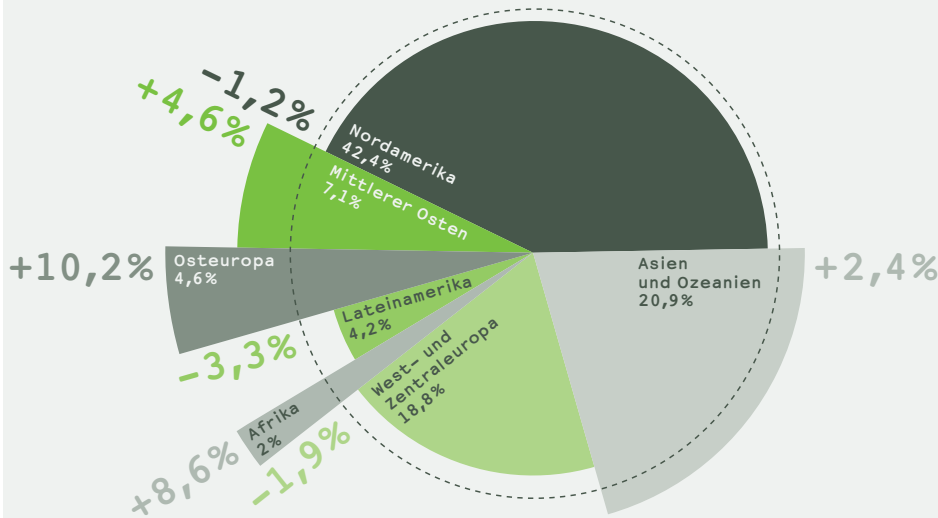
Mit einem wesentlichen Unterschied: Früher war Macht eine Frage von militärischer Stärke, die Zahl der Panzer, Gewehre oder Raketen – die Hardpower – war entscheidend. Heute zählt eine andere Kategorie, das Wissen – die sogenannte Smartpower. „Wer die Welt verstehen und erklären kann, der hat die Macht“, konstatierte Werner Weidenfeld. Wer Trends und Strömungen frühzeitig erkennt, kann schalten und steuern – und so die Geschehnisse der Welt beeinflussen. Dass Rüstungsausgaben nicht ständig weiter anwachsen müssen, zeigen u.a. die USA: Sie haben 2011 erstmals seit 1998 ihren Militärhaushalt um 1,2 Prozent reduziert, allerdings das auch in Zeiten der Finanzkrise.

Hinzu kommt, dass der einzelne Staat mit den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – wie Eurokrise oder Klimawandel – überfordert ist. Für Weidenfeld stellt sich hier ein Grundproblem. Viele Aufgaben sind nur international zu bewältigen und erfordern Entscheidungen auf supranationaler Ebene. Die rechtliche Befähigung dazu liegt aber immer noch bei den Nationalstaaten. „Wer globale Probleme lösen oder auf EU-Ebene aktiv werden will, muss sehen, ob er dafür auch die politische Legitimation hat,“ brachte es Weidenfeld auf den Punkt.

Die Umsetzung internationaler Beschlüsse und Empfehlungen ist aber immer noch von den Gesetzen in jedem einzelnen Staat abhängig. Andererseits hat Europa unter dem Druck der Eurokrise einen Bedeutungsschub in der Wahrnehmung der Menschen erhalten. Der Kontinent verfügt im Gegensatz zu den einzelnen europäischen Staaten über das nötige Gewicht, um in der globalisierten Machtarchitektur eine Schlüsselrolle einzunehmen. Deshalb müssen wir uns für ein starkes Europa einsetzen – mit Smartpower.

Ausgaben für Hardpower stagnieren

Die weltweiten Militärausgaben sind 2011 inflationsbereinigt nur noch um 0,3 Prozent gewachsen. Nach Angaben des Stockholm International Peace Research Institute ist das Ende einer Ära erreicht, in der die Ausgaben alleine zwischen 2001 und 2009 um jährlich 4,5 Prozent zulegten. Es ist zu hoffen, dass diese Entwicklung nicht nur ein Effekt der Wirtschaftskrise ist. Allerdings bestehen große individuelle Unterschiede: Während die Rüstungsbudgets in Nord- und Lateinamerika sowie in West- und Zentraleuropa rückläufig waren, legten sie in Asien, Osteuropa, dem Mittleren Osten und in Afrika zum Teil deutlich zu.



Quelle nach: Stockholm International Peace Research Institute (2012)



„Früher war Macht eine Frage von Hardpower wie Panzer, Gewehre und Raketen. Heute kommt es auf die Smartpower an. Wer die Welt erklären und deuten kann, hat die Macht.“

Prof. Werner Weidenfeld,
Direktor des Centrums für
angewandte Politikforschung
an der LMU München

Wutbürger kontra Politiker

Bei der Diskussion um Machtstrukturen sollte man den Einfluss der Bürgergesellschaft nicht unterschätzen – gerade bei Entscheidungen, die das Leben unmittelbar vor der eigenen Haustür betreffen.

Bestes Beispiel dafür sind die Proteste gegen das Projekt Stuttgart 21 zur Neustrukturierung des städtischen Bahnhofs. Hier stand der protestierende „Wutbürger“ exemplarisch für die Empörung in der Bevölkerung, dass politische Entscheidungen vermeintlich über die Köpfe der Menschen hinweg getroffen werden. Doch im Gegensatz zu früheren Protesten, etwa gegen die Wiederaufarbeitungsanlage von Wackersdorf oder das Atommüll-Lager Gorleben, wird heute zunehmend die Autorität der Parteiendemokratie in Frage gestellt. Eine Begründung dafür lieferte die Unternehmerin Claudia Langer: „Ich sehe keinen langfristigen Gestaltungswillen der Politik. Er ist dem Populismus einer Regierung gewichen, die auf Sicht fährt“, kritisierte die Gründerin des Verbraucherportals utopia.de.

Die Folgen dieser Entwicklung schilderte die ZEIT-Journalistin Elisabeth Niejahr: „Die Unzufriedenheit mit den Parteien wächst, die Debatte um Stuttgart 21 verdeutlicht die Suche nach anderen Partizipationsmöglichkeiten.“ Niejahr wünscht sich hier eine positivere Grundhaltung. Denn während beispielsweise die Amerikaner im „Age of Participation“ einen Freiheitsgewinn sehen, wird die Bürgerbeteiligung hierzulande eher kritisch beäugt. „Wer sich mehr Bürgerengagement wünscht, der muss sich aber auch daran gewöhnen, dass Entscheidungen nicht immer so ausgehen, wie man es sich vorstellt“, stellte Niejahr klar.

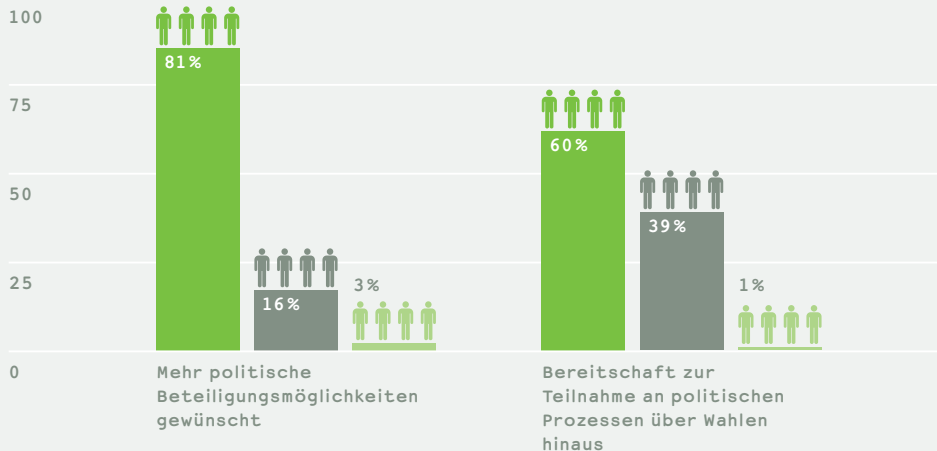
Diese Meinung teilen viele Deutsche: Vier von fünf Bürgern hätten gerne mehr politische Beteiligungsmöglichkeiten. Bei Stuttgart 21 konnten die Proteste den Weiterbau zwar nicht verhindern. Aber sie haben bewirkt, dass Großprojekte künftig aktiver und öffentlicher diskutiert werden. Der aktive Bürger verändert Politik und Prozesse. Er hat eine wichtigere Rolle, als er meint.

Mehr Mitsprache gewünscht

Die Unzufriedenheit vieler Menschen mit den Politikern spiegelt sich im Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung wider. Mehr als 80 Prozent der von TNS Emnid befragten Deutschen würden mehr Mitspracherechte bei politischen Entscheidungsprozessen begrüßen. Immerhin 60 Prozent wären auch bereit, sich jenseits von Wahlen am politischen Prozess zu beteiligen. Der Wunsch nach mehr direkter Demokratie stößt bei den etablierten Parteien nicht überall auf Zustimmung.

- Ja
- Nein
- Unentschieden

Prozentualer Anteil der Befragten



Deutschland, 1.005 Befragte, TNS Emnid
31.05.2011 bis 06.06.2011

Quelle nach: Bertelsmann Stiftung (2011)



„Wir erleben eine Krise der Demokratie. Die Unzufriedenheit mit den Parteien wächst. Die Debatte um Stuttgart 21 verdeutlicht die Suche nach anderen Partizipationsmöglichkeiten.“

Elisabeth Niejahr,
Redakteurin DIE ZEIT

Veranstaltung
„Rohstoffe und Energie –
wird die Erde neu aufgeteilt?“
16. Februar 2012

Rohstoffmarkt – Spielball der Spekulanten

Die klassische Wettbewerbspolitik hat die Aufgabe festzustellen, wer welche Rohstoffe kontrollieren soll und wie groß die Gefahr ist, dass Monopole entstehen. „Mein Rat an die Wettbewerbshüter: Sie sollten genau hinsehen, wenn durch Megafusionen Konzerne entstehen, die bei wichtigen Rohstoffen eine dominierende Stellung im Markt einnehmen“, regte der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Jürgen Trittin, an. Denn fehlender Wettbewerb sei einer der größten Preistreiber auf dem Rohstoff- und Energiemarkt. Seiner Meinung nach ist nicht nur die absolute Verfügbarkeit von Rohstoffen von existenzieller Bedeutung, sondern auch deren Verfügbarkeit zu bestimmten Preisen.

Für den Wirtschaftswissenschaftler Heiner Flassbeck ist neben Angebot und Nachfrage ein weiterer Faktor für die Preisbildung verantwortlich. „Seit dem Platzen der Dotcom-Blase drängen vermehrt Finanzmittel an die Rohstoffmärkte. Inzwischen hat der Zustrom aus Finanzmitteln ein Volumen von ca. 400 Mrd. US-Dollar erreicht. Die Spekulation auf steigende oder fallende Preise hat mehr Einfluss auf die Preisentwicklung als die physische Nachfrage selbst“, ist der Leiter der Abteilung für Globalisierung und Entwicklung der UNCTAD überzeugt. So haben sich beispielsweise die Notierungen für eine Tonne Mais zwischen 2009 und 2011 mehr als verdoppelt.

Wenn aber ein so wichtiger Preis wie der für Rohstoffe von Angebot und Nachfrage entkoppelt ist, dann kann die Marktwirtschaft ihre Steuerungsfunktion nicht erfüllen. Flassbeck forderte: „Wenn wir die Erde für unsere Kinder erhalten wollen, müssen wir heute Knappheit simulieren, damit etwas übrigbleibt“. Die Spekulanten vom Rohstoffmarkt zu verbannen, zählt dabei sicherlich zu den wichtigen Zukunftsaufgaben der Politik.

Blühendes Geschäft mit Agrarrohstoffen

Nach dem Platzen der Internetblase Anfang des Jahrtausends haben die Finanzmärkte das Geschäft mit Agrarprodukten entdeckt. An den großen Warenterminbörsen werden immer mehr Wetten in Form von Finanzkontrakten auf die künftige Preisentwicklung dieser Rohstoffe abgeschlossen. Am Beispiel Mais zeigt sich, wie weit sich der Spekulationsmarkt inzwischen von der globalen Produktionsmenge abgekoppelt hat. Das liegt an Großinvestoren, deren Kapital zunehmend auf die Rohstoffmärkte fließt.

Maismenge in Millionen Tonnen



Quelle nach: Spiegel Nr. 35 (2011)



„Fehlender Wettbewerb ist einer der größten Preistreiber auf dem Rohstoff- und Energiemarkt.“

Jürgen Trittin, Vorsitzender der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Veranstaltung
„Rohstoffe und Energie –
wird die Erde neu aufgeteilt?“
16. Februar 2012

Rohstoffmangel überwinden – mit Grips

Bei einer Reihe von Ressourcen zeichnen sich Knappheiten ab, die in den kommenden Jahrzehnten ganze Industriezweige vor Probleme stellen könnten. „Alles halb so schlimm“, argumentierte Ulrich Wengenroth. Denn: „Nichts beflügelt die Phantasie eines Ingenieurs mehr als Kostendruck und Materialknappheit.“ Es komme auf die richtigen Anreize an. So werden spritsparende Autos nur entwickelt, wenn Benzin knapp oder ausreichend teuer ist. Bereits in den 1950er-Jahren hat die Wirtschaftswissenschaft nachgewiesen, dass Produktivität die maßgebliche Komponente für Wachstum ist, weniger der Einsatz von immer mehr Rohstoffen. Dies lässt sich zwischenzeitlich auch durch Zahlen belegen: Zwischen 1994 und 2010 erhöhte sich die Rohstoffproduktivität in Deutschland um 47,5 Prozent. Bei rückläufigem Materialeinsatz (-17,1 Prozent) stieg das Bruttoinlandsprodukt um 22,3 Prozent.

Auch Deutsche Bank-Volkswirt Thomas Mayer macht sich über den Rohstoffmangel wenig Sorgen. „Endlichkeiten können durch Wissen überwunden werden, und Wissen ist eine Ressource, die wir in unseren menschlichen Dimensionen als unendlich betrachten können.“

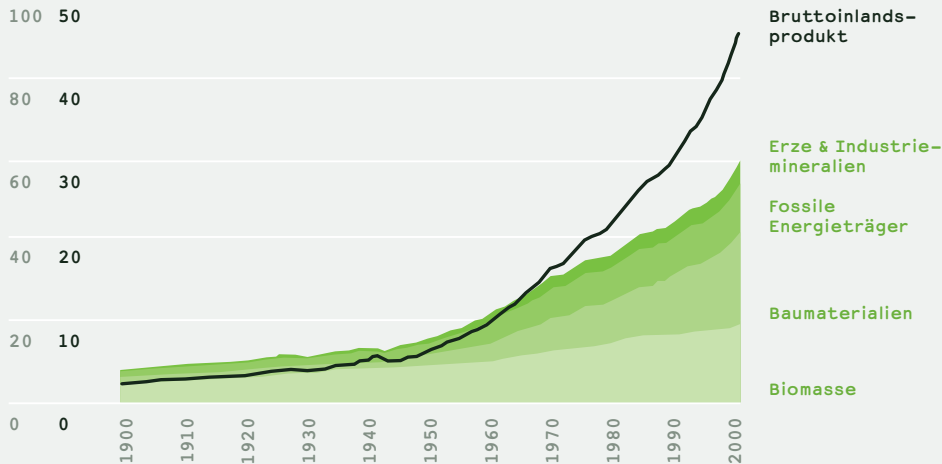
Das setzt jedoch voraus, dass die Preise ihre Steuerungsfunktion erfüllen und indirekte Kosten wie etwa die Umweltbelastung in die Kalkulation mit eingerechnet werden.

Einen anderen Ansatz im Umgang mit knappen Ressourcen wählt der Unternehmer Harald Rossol. Er stellt qualitatives Wachstum in den Vordergrund wie er es bei seiner IT-Beratungsfirma bereits praktiziert. „Ich betrachte die erreichte Größe des Unternehmens als optimal. Deshalb will ich über Qualitätsmerkmale wachsen und nicht einfach nur mehr IT-Produkte verkaufen“, bekannte er. Der quantitative Wachstumsbegriff der klassischen Ökonomie führe in die Irre. „Wenn wir in der entwickelten Welt in den nächsten 20 bis 30 Jahren Erfolg haben wollen, müssen wir ganz schnell von den reinen wachstumsgetriebenen Wohlstandsindikatoren wegkommen hin zu qualitativen Merkmalen wie Wissen, Bildung oder Effizienz.“

Ressourcen besser genutzt

In den vergangenen Jahrzehnten ist die globale Wirtschaft deutlich stärker gewachsen als der Verbrauch wichtiger Ressourcen wie fossiler Brennstoffe, Biomasse (Holz), Baumaterialien oder Metalle. Das beruht im Wesentlichen auf immer effizienteren Herstellungsprozessen. Dennoch deuten die steigenden Preise bei vielen Rohstoffen auf Knappheiten hin. Deshalb fordert das Umweltprogramm der Vereinten Nationen: Aus weniger mehr machen, damit der Aufholprozess der Schwellenländer nicht durch knappe Ressourcen gebremst wird.

Ressourcenabbau (in Mrd. Tonnen)
Weltweites BIP (in Billionen Dollar)



Quelle: Krausmann et al. (2009)



„Die wichtigste Quelle für mehr Wachstum besteht nicht in einem immer höheren Einsatz von Ressourcen, sondern in der steigenden Produktivität. Aus weniger mehr machen, das ist der Weg.“

Prof. Ulrich Wengenroth,
Ordinarius für Geschichte
der Technik an der TU
München

Zeitungen – Expertenwissen macht den Unterschied

Im Zeitalter des World Wide Web haben die klassischen Medien einen Bedeutungswandel erfahren. Das Internet hat die Art und Weise, wie journalistische Inhalte wahrgenommen werden, dramatisch verändert. Mit dem Aufkommen von sozialen Netzwerken, Blogs und Online-Foren haben sie ihre Qualitätsfilter-Funktion – welche Nachricht erscheint und welche nicht – eingebüßt. „In der Online-Welt suchen Menschen nicht mehr nach Informationen, sondern die Informationen suchen die Menschen“, umriss Bernd Graff die neue Realität.

Doch weil die meisten Portale über die gleichen Nachrichtenagenturen gespeist werden, mangelt es an Einschätzung und Meinungsvielfalt. Die Folge ist ein permanentes unreflektiertes Grundrauschen an Information. „Das ist furchtbar“, beklagte der Redakteur der Süddeutschen Zeitung.

Weil Nachrichten aber über das Internet ganz selbstverständlich wahrgenommen werden, müssen die Zeitungen ihre Leser heute mit anderen Mitteln bei der Stange halten. Immerhin, das zeigen die Ergebnisse einer deutschlandweiten Befragung, haben sich 2011 mehr als die Hälfte der Bürger via Printmedien über das Zeitgeschehen informiert.

„Expertenwissen macht den Unterschied“, lautet der Ratschlag von Graff. Gefragt sei die vertiefende Meinung, die Kommentierung und weniger das PR-Interview mit dem Filmstar. „Zeitungen haben nur eine Chance, wenn sie exklusive News bringen oder es schaffen, die Bedeutung von Ereignissen für den Leser einzuordnen.“ Doch auch beim Nutzer dürfte ein Prozess des Umdenkens stattfinden. „Ich bin optimistisch, dass Leser irgendwann nicht mehr denken, sie seien ausreichend informiert, wenn sie nur die kostenfreien Inhalte und knappen „News“ im Netz vorgesetzt bekommen“, glaubt Graff.

Wie informieren sich die Menschen? Traditionelle Medien dominieren

In Deutschland nutzen die Menschen noch überwiegend traditionelle Medien wie Rundfunk, Fernsehen oder Print-erzeugnisse, um sich über das aktuelle Geschehen auf dem Laufenden zu halten. Doch das Internet ist im Kommen: Gut ein Viertel der Befragten bezieht seine Informationen schon aus dem Netz. Ganz anders in den USA: Dort nutzen an einem typischen Tag bereits 61 Prozent der Bevölkerung das Internet zur Nachrichtenbeschaffung.

74%

Fernsehen



53%

Radio



52%

Tageszeitungen, Zeitschriften,
Nachrichtenmagazine oder
Wochenzeitungen



26%

Internet



Deutschland, ab 14 Jahre, Interviews mit Tagesgleichverteilung,
3.076, TNS Infratest, 07.03.2011 bis 28.03.2011

Quelle nach: BLM (2011)



„In der Internet-
Welt suchen
Menschen nicht
mehr nach Infor-
mationen, sondern
die Informati-
onen suchen die
Menschen.“

Dr. Bernd Graff, Redakteur
Süddeutsche Zeitung

Veranstaltung
„Facebook, Twitter & Co –
die Kraft der (neuen) Medien“
1. März 2012

Demokratie entsteht nicht durch Twittern

Mit den neuen Medien und ihrer rasanten Entwicklung wird oft der Mythos verbunden, dass sie der Demokratisierung Vorschub leisten. Auch wenn Plattformen wie Twitter oder Facebook mit weltweit über 900 Millionen aktiven Nutzern (Stand 03/2012) der Umbruchstimmung in der arabischen Welt 2011 förderlich waren, hält Kurt Imhof diesen Mythos für Unsinn: „Ich behaupte, das können wir vergessen.“ Social Media seien in erster Linie Ich-zentrierte Schnittstellen, die meist privat genutzt würden.

Bei Revolutionen oder Aufständen könne man die Dienste zwar gut für Agitationszwecke nutzen, und auch Meinungsbildung ist in diesen Netzwerken eingeschränkt möglich. Es sei jedoch schwierig, die Masse dort für bestimmte Themen zu sensibilisieren und die für die Demokratie wichtige themenzentrierte Öffentlichkeit herzustellen. Denn die Einordnungsfunktion des klassischen Journalismus fehlt. „Es gibt keine Klick-Demokratie, sie lässt sich nicht über Like-Buttons organisieren.“

Ohne Journalismus, wie ihn klassische Medien praktizieren, könne Demokratie nicht funktionieren. Den Journalisten kommt die Aufgabe zu, den öffentlichen Diskurs über gewünschte oder unerwünschte Entwicklungen in Gang zu bringen. „Eine demokratische Gesellschaft, die etwas auf sich hält, die schaut darauf, dass sie einen professionellen Journalismus hat und sorgt dafür, dass er auch überlebt.“

„Facebook war ein treibendes Element, die Organisation der Aufstände im arabischen Frühling zu erleichtern und möglichst viele Menschen kostengünstig zu erreichen“, ergänzte die ZDF-Redakteurin Sonja Schünemann. Die Menschen merkten, dass sie nicht alleine waren. Sie wurden unheimlich motiviert, auch wenn in Ägypten zur Zeit des Umsturzes nur etwa jeder 20. Einwohner Zugriff zu Social-Media-Angeboten hatte. „Trotz des großen psychologischen Effekts war es aber auf keinen Fall eine Facebook-Revolution“, erklärte die Medienexpertin.

Was passiert in 10 Sekunden im World Wide Web?

Twitter, Facebook, Google+ oder die diversen Blogs entpuppen sich als schier unerschöpfliche Quellen an Informationen, bei deren Verarbeitung der Einzelne oft überfordert ist. Zwar lassen sich über Social-Media-Dienste rasch Massen mobilisieren, was jedoch fehlt ist die helfende Hand der klassischen Medien, um aus der Flut Wichtiges von Unwichtigem zu trennen.

232
veröffentlichte Blogbeiträge

34.722
hochgeladene Fotos auf Facebook

60.879
Nutzer loggen sich auf Facebook ein

154.321
App-Downloads

231.482
angeschaute Youtube-Videos

295.823
Suchanfragen bei Google

370.371
„gefällt mir“-Klicks und Kommentare auf Facebook

578.704
geklickte Google+ Buttons

34.027.778
weitverbreitete Emails

Quelle nach: Personalize Media (2012)



„Es gibt keine
Klick-Demokratie.
Meinungsbildung
ist über Social-
Media-Netzwerke
nur in einge-
schränktem Rahmen
möglich.“

Prof. Kurt Imhof,
Soziologe und Publizistik-
wissenschaftler,
Universität Zürich

Stark durch die Finanzkrise

Die Finanz- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre wird die Gewichte in der Weltwirtschaft und den Einfluss unterschiedlicher Regionen nachhaltig verändern. Treibende Kraft des künftigen Wachstums sind die bevölkerungsreichen asiatischen Länder, allen voran China und Indien. „Sie haben einen enormen Bedarf aufzuholen, da geht es nicht um das dritte Auto oder um das zweite Haus, sondern um essentielle Grundlagen des Lebens“, erläuterte Thomas Mayer. Diese Länder knüpfen damit an die historische Entwicklung an. Bereits im Mittelalter war Asien die führende Wirtschaftsregion, bevor Großbritannien und die USA im Zuge der Industriellen Revolution aufgeholt haben.

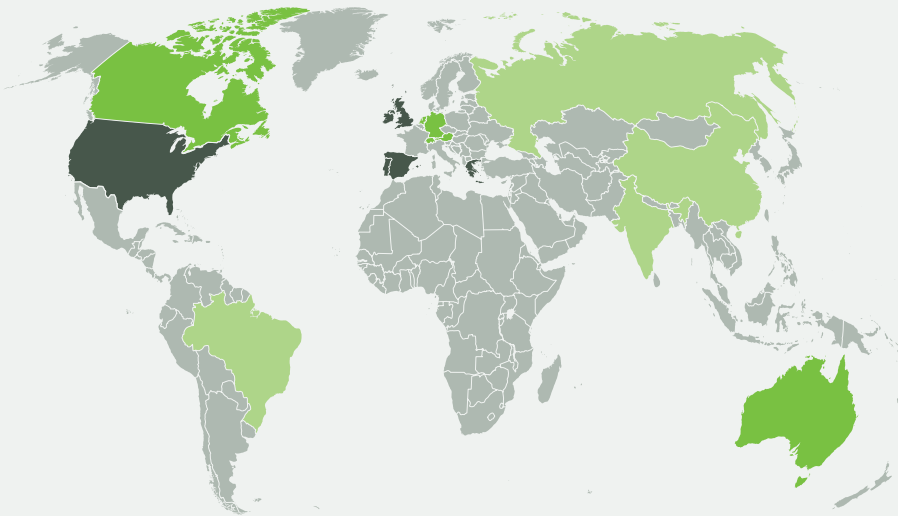
In der aktuellen Finanzkrise teilt sich die Welt in drei Regionen auf. „Die USA und einige Länder in Europa haben in der Kreditblase den Bogen überspannt, eine tolle Party gefeiert und ihr Wachstum auf Pump finanziert. Sie können sich nur langsam aus der Krise herausarbeiten und werden bis Ende des Jahrzehnts zurückfallen“, lautet die Prognose von Mayer.

Die neuen Gewinner sind die Staaten, die durch Marktöffnung und Eingliederung in die globale Arbeitsteilung eine enorme Wachstumsdynamik entfalten. So hat beispielweise Indien neben dem dynamischen China mit einem stetigen Wirtschaftswachstum von mehr als sechs Prozent pro Jahr unter den BRIC-Staaten das größte Potenzial. Von diesen neuen Wachstumszentren profitieren Länder wie Deutschland. Sie liefern Güter und Wissen dorthin, wo ihr Know-how und ihre Technologien gerade gebraucht werden. „Wie bei einer Party: Wenn in den USA und Europa Katerstimmung herrscht, dann liefert der Partyservice eben dorthin, wo die Stimmung steigt, nach China, Indien und Brasilien“, erklärte Mayer. Weil Deutschland sehr gut positioniert ist, werden wir in Zukunft dynamischer wachsen als zu den Zeiten, als das Land mit Strukturproblemen zu kämpfen hatte.

Sektlaune oder Katerfrühstück?

Das ungezügelte Wachstum auf Pump ist in den angelsächsischen Ländern, auf der iberischen Halbinsel und in Griechenland einem schlimmen Kater gewichen. Dort wird es noch Jahre dauern, bis die Wirtschaft wieder auf einen normalen Wachstumspfad zurückfindet. In den BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) macht sich dagegen angesichts der kraftstrotzenden Wirtschaft, laut Mayer, Feierlaune breit. Davon profitieren rohstoffreiche Länder wie Kanada oder Australien, aber auch Deutschland mit seinem begehrten Know-how im Maschinenbau.

- Industrieländer mit Katerstimmung (stagnierende Wirtschaft)
- Neue Partyländer (mit florierender Wirtschaft)
- Party-Service-Staaten (profitierende Dienstleister und Zulieferer)



Quelle: Dr. Thomas Mayer (2012)



„Wie wird sich das Wachstum nach dem Ende der Finanzkrise aufteilen? Deutschland könnte als Sieger aus der Krise hervorgehen – so oder so.“

Dr. Thomas Mayer, Chefvolkswirt Deutsche Bank Gruppe

Gut leben, statt viel haben

Unser Lebensstil verbraucht zu viele Ressourcen, als dass wir ihn auf Dauer weiterführen könnten. „Jeder Deutsche produziert im Schnitt jährlich elf Tonnen CO₂. Sein ökologischer Fußabdruck umfasst 4,5 Hektar, das ist die Fläche von fünf Fußballfeldern. Wenn sich alle Menschen so verhalten würden wie wir, benötigten wir bereits heute zweieinhalb Erden“, gab Daniela Kolbe zu bedenken.

Doch alleine mit einem kritischen Konsumverhalten wird sich das Problem nicht beheben lassen. „Das heißt die Ordnungspolitik ist gefordert. Wir brauchen Mindeststandards und Obergrenzen“, forderte die SPD-Bundestagsabgeordnete, die auch der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ vorsteht. Aus Sicht dieser Kommission gehe es nicht um pauschalen Verzicht. Vielmehr müsse man darüber diskutieren, in welche Richtung die Gesellschaft streben will.

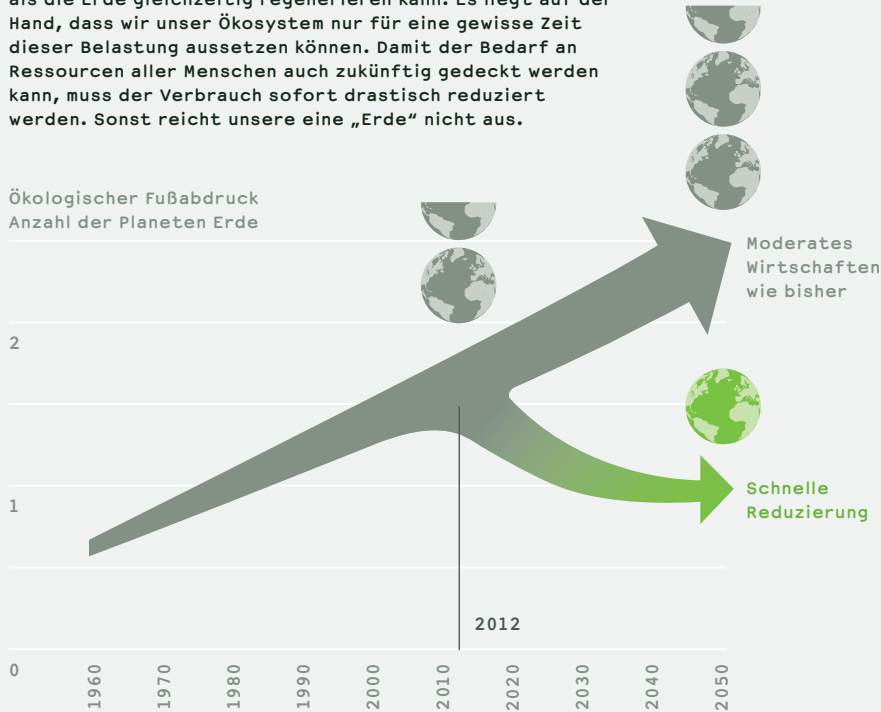
Ein Ansatz wäre der verstärkte Fokus auf Qualität statt Quantität. „Wir sollten anspruchsvoll werden im Hinblick auf das Ziel gut zu leben, anstatt viel zu haben“, forderte der Soziologe Fritz Reheis von der Universität Bamberg. Der Schlüssel dazu liegt für ihn in der Entschleunigung, also einer angemesseneren Geschwindigkeit auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit und individueller Zeitqualität. „Es sollte so etwas wie eine Hetzsteuer geben.“ Die wäre auf dem Weg zur Entschleunigung sicherlich hilfreich. Das heißt nicht, auf Wachstum ganz zu verzichten. Das Streben danach ist dem Menschen ohnehin in die Wiege gelegt.

„Das Individuum ist nie zufrieden. Jeder sucht nach Möglichkeiten, sein Wohlbefinden zu verbessern“, führte Uwe Sunde aus. Er hält es für problematisch, eine vollständig neue Ausrichtung zu fordern. Der Schlüssel liegt darin, praktikable Alternativen aufzuzeigen.

Leben auf zu großem Fuß

Seit mehr als 30 Jahren befindet sich die Menschheit im sogenannten ökologischen Overshoot. Das bedeutet, dass wir jedes Jahr mehr natürliche Ressourcen verbrauchen, als die Erde gleichzeitig regenerieren kann. Es liegt auf der Hand, dass wir unser Ökosystem nur für eine gewisse Zeit dieser Belastung aussetzen können. Damit der Bedarf an Ressourcen aller Menschen auch zukünftig gedeckt werden kann, muss der Verbrauch sofort drastisch reduziert werden. Sonst reicht unsere eine „Erde“ nicht aus.

Ökologischer Fußabdruck
Anzahl der Planeten Erde



Quelle nach: Global Footprint Network (2012)



„Es geht nicht um pauschalen Konsumverzicht. Wir müssen darüber diskutieren, in welche Richtung wir als Gesellschaft steuern – wo wir wachsen und wo wir schrumpfen wollen.“

Daniela Kolbe, Vorsitzende der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages

Mit Konsum die Welt verbessern

Kritischer Konsum kann Herstellungsweisen massiv ändern, jeder Einzelne hat es in der Hand, zu einer nachhaltigeren Wirtschaft beizutragen. „Wir bestimmen die Geschicke der Welt als Bürger, als Wähler, als Anleger und als Verbraucher“, brachte es Claudia Langer auf den Punkt.

Doch bei allem guten Willen wird diese Macht viel zu selten genutzt, obwohl die Industrie mittlerweile vorbildliche Produkte gut auszeichnet. Jahrelang achteten Käufer nur auf das Siegel „Blauer Engel“, das bereits seit 1978 vom Bundesumweltministerium für besonders umweltschonende Produkte und Dienstleistungen vergeben wird. Heute gibt es für nahezu alle Lebensmittel, Holz, Textilien, Kosmetik, ja sogar für Altkleidersammlungen oder Tourismusangebote Auszeichnungen, die nachhaltigen Konsum erleichtern. Aber der deutsche Konsument, so die Gründerin des Portals utopia.de, sei ein unsicherer Kantonist, der sein Verhaltensmuster nur schwer ändere und in erster Linie auf den Preis achte. Selbst die Wut nach Lebensmittelskandalen währt nur kurz, bevor wieder die Sonderangebote im Einkaufswagen landen.

„Mit unserem Konsumverhalten erklären wir uns ziemlich kaltblütig dazu bereit, die Zukunft unserer Kinder zu verspielen“, empörte sich Langer. Denn obwohl bei vielen Menschen die Ansicht vorherrscht, dass es künftige Generationen nicht mehr so gut haben wie wir, wird praktisch nichts unternommen.

„Persönliches Engagement ist gefragt, egal wie und egal wo“, forderte sie das Publikum auf und meinte, man dürfe nicht auf die Politik schimpfen und selbst untätig bleiben. Wer den Kaufpreis über die Ware stellt, macht einen gravierenden Rechenfehler. Kauf- und Lebensentscheidungen, die im Einklang mit Umwelt, Gesellschaft und Zukunft stehen, erzeugen ein positives Selbstwertgefühl, das nicht mit Geld zu bezahlen ist.

Bio – Zwischen Wunschenken und Realität

Gut 21 Prozent der Deutschen kauften gemäß einer Umfrage des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Jahr 2011 häufig bzw. ausschließlich Biolebensmittel. Im Gegensatz dazu sah das reale Konsumverhalten ganz anders aus: Die Biobranche wies 2011 einen Umsatz von 6,59 Mrd. Euro auf, das entsprach nicht einmal 4 Prozent des Gesamtumsatzes des Lebensmitteleinzelhandels. 84 Prozent aller Bioprodukte wurden in einem konventionellen Supermarkt gekauft. Auf den Weg zum kleinen Bioladen um die Ecke machten sich dagegen nur wenige Konsumenten.



Quelle nach: Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (2011) und BMELV (2012)



„Der Verbraucher ist oft eine gesplante Persönlichkeit. In der Marktforschung sagt er das eine, kauft aber im Supermarkt das andere.“

Claudia Langer, Gründerin von utopia.de

Programm

Dialogforen 2012 Macht und Einfluss: Wer bestimmt die Geschicke der Welt?

Freitag
03. Februar 2012
19:00 Uhr

Machtstrukturen zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Elisabeth Niejahr

Redakteurin Wirtschaft DIE ZEIT,
Hauptstadtbüro, Berlin

Dr. Frank-Walter Steinmeier

Vorsitzender der SPD-Bundestags-
fraktion, Berlin

Prof. Werner Weidenfeld

Direktor des Centrums für angewandte
Politikforschung (C·A·P), Lehrstuhl-
inhaber für Politische Systeme
und Europäische Einigung LMU,
München

Donnerstag
16. Februar 2012
19:00 Uhr

Rohstoffe und Energie – wird die Erde neu aufgeteilt?

Dr. Heiner Flassbeck

Chefvolkswirt und Leiter der
Abteilung für Globalisierung und
Entwicklung der UNCTAD, Genf

Jürgen Trittin

Vorsitzender der Bundestagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen, Berlin

Prof. Ulrich Wengenroth

Ordinarius für Geschichte der
Technik, TU München und Vorstand
des Münchner Zentrums für
Wissenschafts- und Technikgeschichte,
München

Donnerstag
01. März 2012
19:00 Uhr

Facebook, Twitter & Co – die Kraft der (neuen) Medien

Dr. Bernd Graff

Redakteur Feuilleton, Süddeutsche
Zeitung, München

Prof. Kurt Imhof

Soziologe und Publizistikwissen-
schaftler, Universität Zürich

Sonja Schünemann

Redakteurin Neue Medien
im ZDF-Hauptstadtstudio, Berlin

Dienstag
17. April 2012
19:00 Uhr

Ökonomien im Wandel – braucht Wirtschaft Wachstum?

Prof. Uwe Sunde

Seminar für Bevölkerungsökonomie,
Ludwig Maximilian Universität,
München

Dr. Thomas Mayer

Chefvolkswirt der Deutsche Bank
Gruppe und Leiter von Deutsche Bank
Research, Frankfurt am Main

Harald Rossol

Vorstandsvorsitzender der
erecon AG, Bremen

Dienstag
15. Mai 2012
19:00 Uhr

Neue Lebensstile – Perspektiven für eine nachhaltige Entwicklung?

Daniela Kolbe

Diplom-Physikerin, Vorsitzende der
Enquete-Kommission „Wachstum,
Wohlstand, Lebensqualität“
des Deutschen Bundestages, Berlin

Claudia Langer

Unternehmerin, Gründerin von
utopia.de und Mitinitiatorin
der LOHAS- Bewegung, München

Dr. Fritz Reheis

Autor und Privatdozent,
Universität Bamberg

Moderator aller Veranstaltungen:

Dr. Patrick Illinger

Ressortleiter Wissen,
Süddeutsche Zeitung, München

© 2012

Münchener Rück Stiftung
Königinstraße 107
80802 München

Telefon +49 (0) 89/38 91-88 88
Telefax +49 (0) 89/38 91-7 88 88
info@munichre-foundation.org
www.munichre-foundation.org

Briefe: 80791 München

Bestellnummer
302-07575

Redaktion
Martina Mayerhofer,
Christian Barthelt, Andrea Bender,
Thomas Loster,
Münchener Rück Stiftung
Andreas Schuck, München

Gestaltung
Keller Maurer Design, München

Litho
Gold, München

Druck
Druckerei Fritz Kriechbaumer
Wettersteinstraße 12
82024 Taufkirchen/München

Bildnachweis

Andreas Halser, Münchener Rück Stiftung
Seiten 3, 5, 7, 9, 11, 13, 15, 19, 21

Florian Jäger, Münchener Rück Stiftung
Seite 17

Titelillustration:
Noma Bar, London

Quellen

Goldman Sachs (2006): BRICs Kompass,
TinyURL: <http://tinyurl.com/cdjdo7p>
Seite 3

Stockholm International Peace
Research Institute (2012): Background
paper on SIPRI military expenditure,
TinyURL: <http://tinyurl.com/bprnetp>
Seite 5

Bertelsmann Stiftung (2011):
Grafik Umfrageergebnisse,
TinyURL: <http://tinyurl.com/c9yvuvv>
Seite 7

Spiegel Nr. 35 (2011): Die Ware Hunger,
TinyURL: <http://tinyurl.com/c4q9lav>
Seite 9

Krausmann et al. (2009): Growth in global
materials use, GDP and population during
the 20th century, Alpen Adria Universität,
TinyURL: <http://tinyurl.com/cg3cm88>
Seite 11

Bayerische Landeszentrale für neue
Medien, BLM (2011): Relevanz der
Medien für die Meinungsbildung,
TinyURL: <http://tinyurl.com/cffo4sf>
Seite 13

Personalize Media (2012): The Count,
Juni 2012, Weblog Gary Hayes,
TinyURL: <http://tinyurl.com/yjxqup3>
Seite 15

Dr. Thomas Mayer (2012):
Präsentation im Rahmen des Dialog-
forums der Münchener Rück Stiftung
am 17. April 2012
Seite 17

Global Footprint Network (2012):
Footprint der Welt – Passen wir noch
auf den Planeten?,
TinyURL: <http://tinyurl.com/bqefrkx>
Seite 19

Bund Ökologische Lebensmittelwirt-
schaft (2011): Zahlen, Daten, Fakten –
Die Bio-Branche,
TinyURL: <http://tinyurl.com/ca2tdwf>

Bundesministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz,
BMELV (2012): Ökobarometer 2012,
TinyURL: <http://tinyurl.com/c4c7evy>
Seite 21

Abrufdatum der verwendeten
Webseiten: August 2012

